

Der Aufschrei gegen die Atomgefahr

Die alarmierende Warnung der deutschen Atomforscher und der Appell Albert Schweitzers haben in der Tagespresse, in den Wochenzeitungen (wir verweisen hier besonders auf den *Vorwärts*) und darüber hinaus in den Parlamenten und in der Öffentlichkeit erfreulicherweise so vielfachen Widerhall gefunden, daß demgegenüber die Veröffentlichungen in Zeitschriften etwas in den Hintergrund treten. Trotzdem möchten wir wenigstens noch auf einige wichtige Aufsätze zu diesem Thema hinweisen.

Der Hamburger Professor *Carl Friedrich von Weizsäcker* ist an verschiedenen Stellen (z. B. *Außenpolitik* und *Schweizer Monatshefte* Juni) um eine Vertiefung und Klärung des Problems bemüht. Am stärksten politisch sind seine Betrachtungen über „Atombomben und Politik“, die er in der *Deutschen Universitätszeitung* (10) publiziert; wir zitieren folgende Sätze: „Freiheit ist auch schon anders als mit der Waffe verteidigt und erkämpft worden. Für mein Empfinden ist die größte Gestalt in der bisherigen politischen Geschichte unseres Jahrhunderts *Gandhi*.“ Und er schließt seinen Aufsatz, den wir sehr zur Lektüre empfehlen möchten, mit folgenden Betrachtungen: „Auch eine Nation wie die unsere ist mit solchen Entscheidungen eigentlich überfordert, und doch muß sie sie treffen. Wichtig scheint mir nur, daß wir uns frei halten von dem Entweder-Oder-Denken, das meint, es gäbe nur entweder die Kapitulation vor der Tyrannei oder die große atomare Rüstung. Ich glaube, daß alle Menschen auf der Welt heute dumpf oder deutlich fühlen, daß die großen Waffen begonnen haben, sich selbst zu widerlegen. Und dieses Gefühl wird auf die große Politik zurückwirken. Wenn nun eine Nation bewußt auf die Anwendung der großen Waffen verzichtet, so erleichtert sie damit anderen denselben Verzicht. Sie trägt dadurch dazu bei, daß eine Ordnung entsteht, die auf ganz anderen Grundlagen ruht. Aber dieser Verzicht enthält zunächst ein Risiko. Ob wir zu diesem Risiko bereit sind, das ist heute unsere Entscheidung.“

Im gleichen Heft der DUZ schreibt *Margret Boveri* sehr treffend: „Es kommt darauf an, in der Politik wieder an das Echte unterhalb des Propagandaschaumes zu kommen. Vor dem, was echt ist, ist kein Mißtrauen mehr möglich: Man kann es annehmen oder ablehnen, aber man darf es nicht mißdeuten. Die Erklärung der Atomphysiker ist ein Stück Echtes in der Politik. Ganz abgesehen von ihrer Bedeutung und Wirkung in der heutigen Lage Deutschlands und in der Debatte über die Abrüstung, erinnert sie an

die grundlegende Frage, ob die Welt, die den technischen Fortschritt bejaht, ohne Verzicht auf die Weiterentwicklung der ganzen Kernphysik fähig ist, der Verwendung ihres tödlichen Teils zu entsagen. Die Chinesen hatten einmal das Schießpulver erfunden. Als sie erkannten, was sie damit anrichteten, haben sie darauf verzichtet, ihre Erfindung weiterzuentwickeln.“

Das rührt auch an tiefe ethische Probleme. Diese Seite der Frage behandelt u. a. der amerikanische Philosoph und Physiker Prof. *Arthur H. Compton*, Nobelpreisträger, in einem Aufsatz „Lebensgestaltung und Menschheitsziele im Atomzeitalter“ (*Universitas*, Juni), aus dem wir zitieren: „Was aber tut not, um zu einem dauernden Frieden in Freiheit zu kommen? Daß man jeden Versuch von außen oder innen, die Freiheit zu untergraben und eine Tyrannei aufzurichten, zurückweist — daß man günstigste Bedingungen für die gesunde Entwicklung einer freien Gesellschaft schafft — und daß man uns schließlich große Aufgaben stellt, an denen freie Menschen wachsen und ihre Persönlichkeit voll entfalten können ... Der notwendigste Schritt auf dem von mir geschilderten Wege ist daher die gemeinsame Zielsetzung zur Erlangung größerer Freiheit. Aber gerade dabei ist es außerordentlich wichtig, wieweit jeder einzelne zwischen Gut und Böse zu unterscheiden vermag, da nur ein derartiges ausgeprägtes Vermögen ihn zu einem verantwortungsbewußten Glied der Gemeinschaft werden lassen und seinem Leben immer mehr Inhalt und Würde geben kann.“

Die *Deutsche Rundschau* veröffentlicht an der Spitze ihres Juniheftes eine markante Erklärung, in der sie sich u. a. gegen die gefährliche Annahme wendet, „ein kleiner netter konventioneller Krieg wie der letzte“ sei harmlos: „Unter der Sonne von Hiroshima vergessen wir, daß Mord Mord ist. Mit Befriedigung konstatieren wir die Fortschritte in der Vernichtung, so scheint es. Und doch ist all dies nur ein Hirngespinnst. Die Sonne von Hiroshima ist den Köpfen von einzelnen entsprungen, und Menschenverstand muß sie auch wieder bändigen. Nie war das bisher so klar, wie es seit dem Manifest der 18 Atomwissenschaftler ist. Es verweist auf die gemeinsame Wurzel von wissenschaftlicher und politischer Freiheit und zeigt, daß beide einander bedingen. Wer sagt, die Gelehrten verstünden nichts von Politik, beweist nur, daß er die Grundlagen der liberalen Republik nicht kennen will. Denn in der Atomdebatte geht es in Wahrheit zu allererst darum, ob der Mensch die Verantwortung über seine Techniken auf sich nimmt, oder ob er sich ihr entzieht. . . Widerstand kann Pflicht sein, Mitläufertum nicht. Wer sich auf die Zwangsläufigkeit der Entwicklung beruft, irrt allemal. Sie hat nichts von göttlicher Unabwendbarkeit, nichts Schicksalhaftes an sich. Es geht um durch und durch profane, irdische Dinge. Nirgends steht ge-

schrieben, daß die Sonne von Hiroshima höher und höher steigen und ihren Gang um die Erde beenden muß. Wir können sie untergehen lassen! Wir müssen es.“

Gegen die „Luftschutzzutopie im Atomzeitalter“ wendet sich *Dr. med. B. Manstein* im Namen des „Kampfbundes gegen Atomschäden“ (Detmold, Bülowstraße 3) in Heft 22 von *Dinge der Zeit*, einer „Zeitschrift für inhaltliche Demokratie“, die von der Contemporary Press (London N. 1, 37 Penton Street) herausgegeben wird. In der Monatsschrift *Das Gewissen* (6), in der regelmäßig die wichtigsten Dokumente über die Atomgefahren veröffentlicht werden, fordert dieser „Kampfbund gegen Atomschäden“ seine Mitglieder auf, allen Kandidaten zum Bundestag acht Fragen zu unterbreiten, deren erste lautet: „Sind Sie bereit, die Atombombenversuche in Ost und West als Verbrechen an der Menschheit anzuprangern?“

Wandlung der Gewerkschaftsaufgaben?

In *Dokumente* (Juni) veröffentlicht *Alfred Frisch*, auf dessen wertvolle Artikel in verschiedenen Zeitschriften wir schon wiederholt zurückgreifen konnten, eine größere Arbeit unter dem Titel „Das Ende des Klassenkampfes und die Zukunft der Gewerkschaften“. Um alle Mißverständnisse auszuschließen, legt der Verfasser zunächst ein Bekenntnis für starke Gewerkschaften ab: „Die günstigsten sozialen Bedingungen beobachten wir gerade in Ländern mit starken, wirtschaftlich fähigen Arbeitergewerkschaften. Nichts ist für die Arbeitgeber gefährlicher als der Abstieg der Gewerkschaft. Jede Zersplitterung setzt die Arbeiterorganisationen der Versuchung aus, einander mit Rücksicht auf ihre Anhängerschaft in Demagogie zu überbieten. Allein eine starke und gut organisierte Gewerkschaftsbewegung kann den Verantwortungssinn entwickeln, den die Verwaltung öffentlicher und privater Angelegenheiten erfordert. Jede Spekulation auf die Spaltung einer Gewerkschaftszentrale oder auf die Ausschaltung ihres Einflusses in den Betrieben ist daher eine schlechte Taktik.“

Dann kommt Frisch — wir geben das als Diskussionsbeitrag wieder — zu der These, die Gewerkschaftsbewegung von morgen müsse ihre größte Sorge auf die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse konzentrieren: „Lohnkämpfe werden dann lediglich noch als Nebenerscheinung vorkommen, um gewisse, wohl nicht zu vermeidende soziale Schönheitsfehler auszugleichen.“ Frisch glaubt an den „Betrieb als Interessengemeinschaft“ und meint, für dieses Ziel müßten beide Partner ihren Beitrag leisten: „Der Unternehmer verzichtet auf die absolute Führungsrolle, der Arbeiter auf den Klassenkampf ... Industrielle Demokratie ersetzt das autoritäre Regime, das dem Unternehmer in

seiner Fabrik uneingeschränkte Rechte zuerkannte. Nicht nur die Mitbestimmung, die ja praktisch in der Bundesrepublik nur für eine kleine Zahl großer Gesellschaften gilt, verursacht diesen Wandel; auch die verschiedenen Systeme von Produktivitätsprämien, Gewinnbeteiligung, Pensionsfonds und dergleichen trugen dazu bei. Der Unternehmer behält zwar zunächst seine führende Stellung; aber er ist nicht mehr der alleinige Herr seines Geschäfts, und besonders engt der Grundsatz der Vollbeschäftigung seine Bewegungsfreiheit ein. Die öffentliche Meinung und in einigen Ländern auch die Arbeitgeber selbst halten die Vollbeschäftigung für wichtiger als den Unternehmergewinn.“

Nach diesen (wohl zu optimistischen) Darlegungen betont Frisch erneut: „Die Gewerkschaften werden und dürfen deshalb nicht abtreten. Sie bleiben für das soziale Gleichgewicht schon deswegen unentbehrlich, weil die Berufsverbände der Unternehmer ständig stärker werden.“ Frisch möchte dann einige Gedanken zur Debatte über „eine neue geistige Grundlage für die Aktion der Gewerkschaften“ beisteuern; er denkt dabei an „die mannigfachen Aufgaben einer sinnvollen Freizeitgestaltung — das große soziale und menschliche Zukunftsproblem!“ Ebenso verlangt er stärkere Einschaltung der Gewerkschaften in die Bestrebungen zur besseren beruflichen Vorbereitung der jungen Arbeiter und schließlich eine gründliche Auseinandersetzung mit den Problemen der „Vermassung“ einerseits, der „Flucht des Individuums vor der Gesellschaft“ andererseits.

Zur Ergänzung und teilweisen Erwidering dieses Diskussionsbeitrages über die Aufgaben der Gewerkschaften sei auf einen Aufsatz von *Otto Brenner* über „Die Gewerkschaften und der nächste Bundestag“ (*Die neue Gesellschaft*, Mai/Juni) verwiesen, in dem es nach der Darstellung der dringendsten sozialpolitischen, wirtschaftlichen und kulturpolitischen Forderungen der Gewerkschaften heißt: „Die Gewerkschaften wissen, daß zur restlosen Verwirklichung eines Sozial- und Wirtschaftsprogramms, das letzten Endes der demokratischen Neuordnung der Gesellschaft dienen soll, noch ein weiter Weg ist. Daraus ergibt sich, daß die gewerkschaftliche Aktivität mehr denn je notwendig ist, um die Interessen der großen Mehrheit unseres Volkes im Spannungsfeld der gesellschaftlichen Kräfte zur Geltung zu bringen.“

China Im Kraftfeld der Weltpolitik

Robert Guillain, einer der besten Kenner der Probleme Ostasiens, hat kürzlich in einem in Paris erschienenen Buch („600 Millionen Chinesen“) und in einer langen Artikelreihe in *Le Monde* aus eigener Anschauung über die Entwicklung in China, der wir gar nicht genug Aufmerksamkeit schenken können, berichtet.

Die politische Meinung (12) gibt unter dem Titel „Neuer Wind über Peking“ die Ansichten Guillaings über die Rückwirkungen der „Entstalinisierung“ auf China wider: „Ebenso wie in der Sowjetunion rührt sich etwas in der chinesischen Volksrepublik. Worte werden ausgesprochen, die man nie in den letzten Jahren vernommen hätte. Forderungen werden aufgestellt, die früher verboten oder unterdrückt wurden. .. Die Neuerungen umfassen im wesentlichen drei Kategorien: die Lage der Intellektuellen und die Gedankenfreiheit — die Lage der Arbeiterschaft — die Schwierigkeiten der Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Lage verlangt Umwandlungen auf längere Sicht hin ... Zunächst einmal nimmt Peking nach Moskauer Muster eine Veränderung vor, die in der wirtschaftlichen Dezentralisation besteht. Der Staat wollte zuviel machen ... Die zweite Neuerung: der Beginn einer gewissen Rückkehr zur Leichtindustrie ... Drittes Korrektiv im Sinne des Liberalismus: Peking beschließt, den Küstenbezirken mehr Aufmerksamkeit zu widmen ... So sieht das sehr vorsichtige und kontrollierte »Auflockern der Schrauben« aus ... Es ist aber wohl möglich, daß die chinesischen Führer noch weiter werden gehen müssen und daß sie den chinesischen Arbeitern Konzessionen machen müssen, die diese bei ihrer gegenwärtigen Notlage absolut notwendig haben, wie z. B. ein Nachlassen des Stachanovismus in den Fabriken und eine Erhöhung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zugunsten der Bauern. Im Endergebnis ist die Entstalinisierung auf wirtschaftlichem Gebiet ansteckend ...“

Über die Landwirtschaftspolitik des Mao-Regimes findet man eine eingehende, reich dokumentierte Untersuchung aus *Current History* (Philadelphia) in deutscher Übertragung in *Ost-Probleme* (13); im gleichen Heft wird aus *Problems of Communism* (Washington) eine längere Besprechung von sechs neuen, in englischer Sprache erschienenen Büchern über China wiedergegeben. — Aus der englischen Zeitschrift *International Affairs* (April) veröffentlicht *Aus Politik und Zeitgeschehen* (Beilage zu *Das Parlament*, 1. 5. 57) die Übersetzung eines Aufsatzes von G. F. Hudson, der die Auffassung vertritt: „China hat Rußland auf den rechten Weg zurückgeführt; Mao hat sich bemüht, die durch Chruschtschow und die sowjetische kollektive Führung angerichtete Verwirrung zu klären. Pekings Stimme ist heute im marxistisch-leninistischen Glaubensbekenntnis unanfechtbar ... Chou En-lai unterbricht seine Reisen zwischen Indien, Burma und Pakistan, um als Sprecher Maos Moskau, Warschau und Budapest seinen Besuch abzustatten. *Damit greift China zum erstenmal in die europäischen Angelegenheiten ein.*“

Einen ähnlichen Hinweis gibt der deutsche Bundestagsabgeordnete Hermann Schwann: „Die ganz selbstverständliche Folge des glatten amerikanischen Nein zu den chinesischen Vorschlägen

ist der Versuch in Peking, die Risse im Ostblock zu kitteln. Ob dabei an eine »Festigung des sowjetischen Einflusses« gedacht ist oder ob Peking diese günstige Gelegenheit benutzt hat, sein Mitspracherecht auch auf die Ordnung im osteuropäischen Raum anzumelden und einzutragen, z. B. durch die chinesische Garantie der Oder-Neiße-Grenze, bleibt abzuwarten.“ Im übrigen fragt Schwann (*Außenpolitik*, Mai), „ob der Westen an seiner immer wirkungsloser werdenden Embargopolitik festhalten will oder ob er einen radikalen Schlußstrich zieht und normale und direkte Wirtschaftsbeziehungen zu China aufnimmt. In einem derartigen Kurswechsel liegen nicht nur große wirtschaftliche Möglichkeiten, sondern vor allem beachtliche politische Chancen.“

Die junge Generation im Osten

Zu diesem Thema veröffentlicht Geist und Tat (Mai) einen sehr anregenden Beitrag von Walter Jacobi; der Autor bezieht sich auf die Verhältnisse in der Sowjetzone, aber grundsätzlich gelten seine Feststellungen für alle Länder unter der Sowjetdiktatur: „Einer der wesentlichsten Gründe dafür, daß das Erziehungsziel dort bisher nicht erreicht wurde, liegt in der Jugend selber. Der jugendliche Mensch hat eine stärkere Vitalität als der ältere, sein seelischer Elan ist bedeutend stärker. Die heranwachsende Generation lehnt sich gegen die ältere auf, weil diese die Herrschaft in Händen hält. ... Die Erreichung des Erziehungsziels im Osten scheidet nicht so sehr an den Methoden, sondern ... am Ziel selbst. Eines der wesentlichen Ziele der Ostblockstaaten ist nämlich die Hochentwicklung der Naturwissenschaften, um ihre Ergebnisse praktisch-technischen — und damit auch politischen — Zwecken verfügbar zu machen. Das erfordert aber selbständige Forschungsarbeit, zu der der Student erzogen werden muß ... Auf jeden Fall muß, um das Ziel zu erreichen, das geistlose Pauken abgelöst werden durch selbständiges Denken. Wie aber kann man verhindern, daß das selbständige Denken in den Naturwissenschaften auf die Geisteswissenschaften übertragen wird? Auf die Dauer keinesfalls. Und so hebt sich auch vom Ziel her der Einschmelzungsprozeß des Individuums dialektisch selber auf. Man kann die Persönlichkeit wohl auf eine gewisse Zeit unterdrücken, man kann sie einfrieren, aber man kann sie nicht auflösen, ohne das System selbst aufzulösen.“

Sind diese, absolut logischen, Schlußfolgerungen für den Westen tröstlich, so müssen wir uns — gerade in Deutschland — doch immer wieder fragen, was wir in unserer Beziehung zu den Menschen im Osten versäumen oder falsch machen. Dieser Selbstprüfung dient ein Aufsatz „Fragen eines jungen Sowjetzonenflüchtlings“ (*Die neue Gesellschaft*, Mai/Juni).

Dr. Walter Fabian